

**Wahlplattform**  
**zur Bundestagswahl 1987**  
der Freien Demokratischen Partei

**„Zukunft durch Leistung“**

(Beschlissen vom Bundeshauptausschuss  
in Augsburg am 13. September 1986)

# **Zukunft durch Leistung.**

**Die Wahlplattform der F.D.P.  
zur Bundestagswahl 1987.**

# Zukunft durch Leistung.

Impressum:

Herausgeber: Freie Demokratische Partei,  
Baunscheidtstraße 15, 5300 Bonn 1

Verlag: liberal-Verlag,

Am Kreuzeck 5-7, 5205 Sankt Augustin 1

Druck: Greven & Bechtold GmbH,

Neue Weyerstraße 1-3, 5000 Köln 1

**Die Wahlplattform der F.D.P.  
zur Bundestagswahl 1987.**

## Inhalt

<b>I. Den Frieden durch Zusammenarbeit sichern</b> (Menschenrechte, Entspannungspolitik, Europäische Union, Transatlantische Partnerschaft, Dritte Welt) .....	6
<b>II. Ökologisch verpflichtete soziale Marktwirtschaft</b> (Mittelstand, Arbeitsmarkt, Berufliche Bildung, Subventionsabbau, Steuerreform, Forschung, Mitbestimmung) .....	9
<b>III. Energiepolitik</b> (Kernenergie, Wiederaufarbeitung, Schneller Brüter, Neues Energierecht, Erneuerbare Energiequellen, Energiesparpolitik) .....	13
<b>IV. Agrarpolitik</b> (Preispolitik, Einkommensbeihilfen, Bäuerlicher Familienbetrieb, Neue Chancen für die Landwirtschaft) .....	15
<b>V. Umweltpolitik</b> (Mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz, Verbandsklage, Staatszielbestimmung im Grundgesetz, Umweltministerium, Abfall, Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Naturschutz) .....	16
<b>VI. Soziale Sicherheit und Zukunftsperspektiven</b> (Gesundheitswesen, Behinderte, Renten, Altenpolitik, Familie, Jugend, Sport) .....	18
<b>VII. Gleichberechtigung</b> (Konzertierte Aktion für Frauen, Familie und Beruf, Beteiligung am politischen Leben) .....	22
<b>VIII. Rechtsstaat</b> (Regelungsdichte, Freiheit und Sicherheit, Datenschutz, Ausländer und Asyl, Menschenrecht, § 218, Öffentlicher Dienst) .....	23
<b>IX. Kulturelle Lebensgestaltung</b> (Kultur in Wirtschaft und Gesellschaft, Politische Kultur, Kulturpolitik, Kunstförderung, Zugang zur Kunst) .....	26
<b>X. Bildungspolitik</b> (Grundsätze und Ziele, Bürgerrecht auf Bildung, Begabtenförderung, Vielfalt in der Bildung, Hochschulen, Lebenslanges Lernen) .....	28

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 25. Januar 1987 treffen Sie die Grundentscheidung über den künftigen Kurs der deutschen Politik.

Wir Liberalen haben wesentlich zu den Erfolgen der jetzigen Regierung beigetragen: gesicherter Frieden, gesunde Staatsfinanzen, stabile Preise, wachsende Wirtschaft, mehr Arbeitsplätze. Die Bundesrepublik Deutschland hat wieder einen Spitzenplatz unter den führenden Industrienationen. Die Menschen haben Vertrauen in die Zukunft. Sie sind bereit, eine moderne Gesellschaft aktiv zu gestalten.

Die Freie Demokratische Partei will mehr Raum für Eigeninitiative und persönliche Freiheit schaffen. Sie will eine Gesellschaft, in der sich der einzelne zunächst auf seine Möglichkeiten besinnt, bevor er nach dem Staat ruft. Nur dann werden wir die neuen Chancen und Perspektiven nutzen können, die uns der Fortschritt trotz aller Risiken bietet.

Wir stehen auf allen Gebieten vor wichtigen Herausforderungen. Wir müssen den Frieden durch mehr Zusammenarbeit weiter sichern. Wir müssen mit Mut zu Markt und Leistung mehr Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen mit den neuen Techniken die Lebensbedingungen der Menschen verbessern. Wir brauchen eine neue gesellschaftliche Kultur mit mehr Individualität, Toleranz und Kreativität.

Wir Liberalen sagen dem Bürger, daß es keine einfachen Lösungen gibt. Doch unsere Politik der Vernunft hat bewiesen, daß der liberale Weg erfolgreich ist.

Erinnern wir uns. Die F.D.P. hat zusammen mit der CDU/CSU die soziale Marktwirtschaft erstritten und die europäische Einigung begonnen. Nach dem Wiederaufbau und der Versöhnung mit dem Westen hat die F.D.P. ab 1969 mit der SPD die Entspannungspolitik durchgesetzt und mit inneren Reformen mehr Demokratie verwirklicht. Zugleich haben die Liberalen das erste Umweltprogramm vorgelegt und die erste umfassende Umweltgesetzgebung in Gang gesetzt.

1982 hat die F.D.P. die jetzige Koalition durchgesetzt, um die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen, den wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen für Fortschritt in unserer Gesellschaft zu schaffen. Zugleich steht die F.D.P. in dieser Koalition für die Fortsetzung realistischer Entspannungspolitik und für die Sicherung der Bürgerrechte.

In all den Jahren unserer politischen Arbeit war die Freiheit des einzelnen der Ausgangspunkt unseres Denkens und Handelns. In allen bisherigen Koalitionen hat die F.D.P. sich stets als vernünftiges Korrektiv gegenüber den großen Volksparteien verstanden, deren ideologische Unbeweglichkeit oftmals zukunftsgerichteten Lösungen im Weg stand.

Notwendig ist eine Politik, die ernst macht mit dem Kampf gegen Bürokratie und Bevormundung, gegen Vorurteile und Gängelerei.

Der sozialistische Traum vom Glück durch Gleichheit legt die persönliche Freiheit in Ketten. Die konservative Hoffnung auf Harmonie durch Ruhe und Ordnung macht den Staat letztlich zum Gegner seiner engagiertesten Mitbürger.

Unsere liberale Überzeugung läßt sich in einen Satz fassen: Gegen alle Katastrophenfurcht und Zukunftsangst setzen wir Liberalen Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen, aus eigener Verantwortung eine freie, friedliche, sozial gerechte und ökologisch verantwortungsbewußte Welt zu gestalten.

## **I. DIE F.D.P. WILL DEN FRIEDEN DURCH ZUSAMMENARBEIT SICHERN**

Die F.D.P. steht für die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur Gemeinschaft der westlichen Demokratien und für eine Politik des Ausgleichs mit dem Osten. Auf die Leistungen ihrer Außenminister Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher seit 1969 ist die F.D.P. stolz. Ihre Außenpolitik der Vernunft hat das internationale Ansehen der Bundesrepublik gefördert, unsere Freiheit gesichert und unseren nationalen Interessen genützt. Diese Politik ist fortzuführen.

Viele Probleme sind heute nicht mehr von einem Staat allein zu lösen. Die F.D.P. geht davon aus, daß die wachsenden Verflechtungen der Staaten eine gemeinsame Interessenlage aller Menschen und Völker schaffen, die auf friedlichen Ausgleich gerichtet ist und die Vorherrschaft eines Staates ausschließt.

### **Die Menschenrechte weltweit verwirklichen**

Die Liberalen setzen sich überall für die Menschenrechte ein und verurteilen Menschenrechtsverletzungen unab-

hängig vom politischen System. Eine besonders scheußliche Form der Menschenrechtsverletzung ist der Rassismus. Weltweit tritt die F.D.P. für die Abschaffung von Todesstrafe und Folter ein. Insbesondere fordert die F.D.P. die Unterzeichnung der Antifolterkonvention der UNO durch die Bundesrepublik.

### **Neue Phase realistischer Entspannungspolitik**

Stabilität und friedlicher Ausgleich der Interessen erfordern mehr Zusammenarbeit mit den Staaten des Ostens. Die F.D.P. setzt deshalb auf eine neue Phase realistischer Entspannungspolitik. Unsere Völker müssen in Frieden und ohne Angst nebeneinander leben können, auch wenn sie unterschiedliche gesellschaftliche Systeme aufweisen. Ziel der F.D.P. ist eine Europäische Friedensordnung. Wesentliche Forderungen liberaler Entspannungspolitik sind:

- Die Beziehungen zur DDR sind weiter zu verbessern. Eine realistische Entspannungspolitik ist zugleich wichtige Voraussetzung für gutnachbarliche Politik mit der DDR und für die Sicherheit Berlins. Das verlangt gegenseitige Interessenwahrung und Fairness. Diese Politik der Friedenssicherung in Europa ist unverzichtbare Vorbedingung für einen Zustand, in dem unser Volk in freier Selbstbestimmung über seine nationale Einheit entscheiden kann. Sie muß auch in kleinen, unspektakulären Schritten fortgeführt werden, etwa bei Verbesserungen des Reiseverkehrs und des Jugendaustauschs oder durch umfassende Abkommen für gemeinsame Umweltschutzaktivitäten.
- Das atomare Wettrüsten ist zu beenden. Die Atom-mächte müssen Vereinbarungen zum schrittweisen Abbau der Atomwaffen treffen. Das Wettrüsten auf Erden muß beendet, ein Wettrüsten im Weltraum verhindert werden.
- Die F.D.P. fordert den Abschluß eines weltweit gültigen, kontrollierbaren Atomteststopp-Abkommens.
- Das konventionelle Gleichgewicht in Europa ist auf möglichst niedrigem Niveau vom Atlantik bis zum Ural herzustellen.
- Die chemischen Waffen sind zu beseitigen und weltweit zu ächten.

- Die Partnerschaft im Bündnis beruht auf Gleichberechtigung. Die F.D.P. will die aktive Mitarbeit der Bundesrepublik in der NATO. Gleichzeitig fordert die F.D.P. die europäischen Mitglieder auf, im Bündnis einen starken europäischen Pfeiler zu schaffen, um als gleichgewichtige Partner der USA auftreten zu können.

### **Die Europäische Union schaffen**

Die Liberalen streben den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union mit einer einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik an. Nur durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Technologiepolitik können die Staaten Europas den Wettbewerb mit den USA und Japan erfolgreich bestehen. Nur so kann Europa in einer Welt, in der sich neue Machtzentren neben den beiden Großmächten bilden, seinen Platz finden. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft auch durch die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments.

### **Transatlantische Partnerschaft**

Europäische Union und transatlantische Wertegemeinschaft sind für die Liberalen zwei Seiten derselben Medaille. Um die Verständigung und Freundschaft zwischen Deutschen und Amerikanern zu festigen und gegen Irritationen immun zu machen, die durch politische oder wirtschaftliche Einzelentscheidungen der selbständigen Partner immer entstehen können, will die F.D.P. die Begegnung zwischen den Bürgern der Bundesrepublik und der USA fördern. Die Liberalen streben deshalb insbesondere die Einrichtung eines Deutsch-Amerikanischen Jugendwerks an.

### **Die Dritte Welt muß gestärkt werden**

Ein gesicherter Weltfriede ist die Grundlage für eine Entwicklungspolitik, die auf den Abbau von Hunger, Armut und Krankheit in der Dritten Welt abzielt und die durch verbesserte Bildung auf wachsende Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der Menschen in den Entwicklungsländern hinarbeitet. Das existierende Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd kann nicht hingenommen werden. Die Märkte der Industrieländer sind für die Produkte der Dritten Welt zu öffnen. Die Schuldenkrise der Dritten Welt muß von den Entwicklungsländern und den Industrieländern gemeinsam gelöst werden.

## **II. DIE F.D.P. GARANTIERT EINE ÖKOLOGISCH VERPFLICHTETE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**

Das politische Weltbild der Liberalen stellt den einzelnen Bürger in den Mittelpunkt von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Aus diesem Grund vertreten wir eine konsequente Politik der ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft, die wirtschaftliches Wachstum mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Gesundheit der Menschen in Einklang bringt.

Wir Liberalen treten für einen freien Welthandel ein. Wir warnen vor Protektionismus und Abschottung. Die Entwicklungsländer müssen angemessen an der weltwirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können.

Nur mit einer modern arbeitenden, zukunftsorientierten Gesellschaft werden wir weltweit einen Spitzenplatz halten können. Schöpferisches Denken, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft sind die entscheidenden Triebfedern zur Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben. Eine aktive und wettbewerbsorientierte Wirtschaft kann sich am besten im Rahmen einer gesellschaftlichen Kultur der Toleranz, der Offenheit gegenüber Neuem und Anderem entwickeln.

Mit einer konsequenten Politik für mehr Markt und weniger Staat hat die F.D.P. mit ihren Wirtschaftsministern große Erfolge erzielt: wachsende Wirtschaft, stabile Preise, solide Staatsfinanzen, mehr Arbeitsplätze. Aber wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden.

### **Mittelstand, Selbständige und Existenzgründer müssen bessere Chancen haben**

Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Freien Berufe zeigen Mut zum Risiko, arbeiten innovativ und schaffen eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze. Wir Liberalen wollen:

- die Wettbewerbsfähigkeit eines breiten Mittelstandes durch günstige und verlässliche Rahmenbedingungen sichern;
- die Schwarzarbeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zurückdrängen;
- dem Mißbrauch von Marktmacht durch konsequente Anwendung des Wettbewerbsrechts entgegenzutreten;

- Existenzgründungshilfen weiter ausbauen;
- die Eigenkapitalbildung erleichtern;
- die Ladenschlußzeiten ohne Verlängerung der Gesamtöffnungszeiten flexibler gestalten;
- einen Dienstleistungsabend pro Woche u. a. für Banken und Behörden verwirklichen.

### **Der Arbeitsmarkt muß flexibler werden**

Die Arbeitslosigkeit kann dauerhaft nur in einer marktwirtschaftlichen Ordnung überwunden werden. Nicht auf allen Gebieten liegt es in der Hand des Staates, Änderungen zu bewirken. Die Tarifvertragsparteien müssen selbst einen wesentlichen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit leisten.

Der Staat hat seine Regulierungen dahingehend zu überprüfen, ob sie zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Die F.D.P. fordert dazu auf,

- Arbeit durch eine beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik rentabler zu machen;
- mehr Differenzierungen nach Branchen, Regionen und Tätigkeiten zuzulassen;
- das staatliche Vermittlungsmonopol der Arbeitsämter durch Zulassung privater, nicht gewerbsmäßiger Initiativen aufzulockern;
- durch tarifliche und betriebliche Regelungen Überstunden in erheblichem Umfang abzubauen;
- die Arbeitszeiten flexibler zu gestalten;
- wettbewerbs- und kostenneutrale Formen der Arbeitszeitverkürzung zügig weiterzuentwickeln;
- mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen;
- berufsqualifizierende Maßnahmen vermehrt zu fördern.

### **Bildung für den Beruf stärken**

Ein Fundament unserer Wirtschaft ist die qualifizierte Berufsausbildung. Die berufliche Weiterbildung in den Betrieben und in Weiterbildungseinrichtungen muß besonders Kenntnisse und Fähigkeiten für die Anwendung moderner Technologien vermitteln. Wir fordern:

- verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben;

- mehr Ausbildungsmöglichkeiten im Verbund mit anderen Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten;
- gleiche Chancen für Mädchen und Jungen in der Ausbildung;
- gezielte Programme zur Ausbildung benachteiligter Jugendlicher;
- laufende Aktualisierung der Berufsbilder;
- stärkere Differenzierung im dritten Lehrjahr.

### **Den staatlichen Einfluß in der Wirtschaft zurückdrängen**

Wir Liberalen wollen die private Leistungsbereitschaft stärken, die Versorgungs- und Subventionsmentalität brechen und die staatliche Bevormundung einschränken. Subventionen verzerren den Wettbewerb; sie kommen vor allem großen Unternehmen zugute. Entbürokratisierung und Privatisierung schaffen neue Freiräume. Wir wollen:

- eine durchgreifende Reduzierung der Steuervergünstigungen und staatlichen Finanzhilfen;
- Überprüfung gesetzlicher Vorschriften auf ihre Notwendigkeit;
- weitere Veräußerung von staatlichen Beteiligungen an privaten Unternehmen;
- Übertragung öffentlicher Dienstleistungen auf private Unternehmer und Freiberufler.

### **Besteuerung einfach, fair, leistungs- und wachstumsfreundlich gestalten**

SPD und Grüne wollen höhere Steuern und Abgaben. Und dies, obwohl schon das gegenwärtige Steuersystem die Bürger wie die Unternehmen extrem belastet. Kernaufgabe der Politik der kommenden Legislaturperiode muß eine durchgreifende Steuerreform sein. Wir erwarten uns davon eine Stärkung der Wachstumskräfte, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und mehr Bürgerfreundlichkeit. Von jeder verdienten Mark müssen mehr als 50 Pfennig in den Taschen der Bürger bleiben. Im einzelnen fordern wir:

- umfassende Entlastung der kleinen Einkommen durch Steuerfreiheit des Existenzminimums: einen Grundfreibetrag von 6048,-/12 096,- DM, einen Kinderfrei-

betrag von 3672,- DM oder ein entsprechendes Kindergeld. Bei einer Familie mit zwei Kindern bleiben auf diese Weise rund 20 000,- DM von Steuern befreit;

- eine angemessene steuerliche Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen für Krankheit und Alter bei Gleichstellung von Selbständigen und Nichtselbständigen;
- eine deutliche Senkung der Steuersätze (linear-progressiver Tarif). Die unverhältnismäßig hohe Belastung der mittleren Einkommen (Mittelstand und Facharbeiter) muß reduziert, der Spitzensteuersatz muß gesenkt werden;
- die Steuerlast der Unternehmen muß deutlich verringert werden. Das heißt: Senkung der Körperschaftsteuer entsprechend dem Einkommenssteuergrenzsatz; Abschaffung der betrieblichen Vermögenssteuer; Verbesserung des Verlustausgleichs; Abschaffung der Gesellschafts- und Börsenumsatzsteuer; Ersatz der Gewerbesteuer durch eine insgesamt aufkommensneutrale Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwert- und Einkommensteuer. Die Verteilungs- bzw. Beteiligungsverfahren sind dabei so zu wählen, daß für die Gemeinden ein gleich hohes Aufkommen wie auch ein Hebe-recht gewahrt bleiben.

Solche Maßnahmen finanzieren sich nicht von selbst. Sie verlangen den massiven Abbau von direkten Subventionen und Steuervergünstigungen sowie eine konsequente Fortsetzung sparsamer Haushaltspolitik.

#### **Mit neuen Techniken zu wirtschaftlichen Spitzenleistungen**

Wir müssen die Informationstechniken sowie die Bio- und Gentechnik für wirtschaftliche Dynamik, Umweltschutz und persönliche Freiheit nutzen. Die Kreativität und Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft ist die wichtigste Ressource des hochentwickelten Industrielandes Bundesrepublik Deutschland. Forschungsförderung ist notwendig, darf aber nicht Großunternehmen einseitig begünstigen und zu einer Subventionsmentalität führen. Wir fordern deshalb:

- Reduzierung der direkten Forschungs- und Entwicklungsförderung zugunsten indirekter Förderung (z. B. Personalkostenzulage);

- Maßnahmen zur verbesserten Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Wirtschaft;
- mehr Eigenverantwortung der Entscheidungsträger in Wissenschaft und Forschung;
- Nutzung neuer Medien zu mehr Information, Kommunikation und Vielfalt.

#### **Mehr Demokratie im Betrieb**

Die F.D.P. will den Ausbau der Mitwirkungsrechte des einzelnen im Betrieb, nicht aber noch mehr Macht für Großorganisationen. Wir fordern:

- Verbesserung der Minderheitenrechte bei der Betriebsratswahl und in der Betriebsratsarbeit;
- gesetzliche Absicherung von Sprecherausschüssen für Leitende Angestellte;
- keine Ausweitung der Montanmitbestimmung (auch nicht durch Verlängerung der Übergangsfristen);
- Ausbau der betrieblichen Vermögensbeteiligung.

### **III. FÜR EINE ENERGIEPOLITIK MIT VERNUNFT**

Tschernobyl hat gezeigt: das Risiko der Kernenergie macht an den Grenzen nicht halt. Für die F.D.P. hat die Gesundheit und die Sicherheit der Bevölkerung eindeutig Vorrang.

Die F.D.P. hält an der friedlichen Nutzung der Kernenergie solange fest, wie der Energiebedarf nicht durch andere umweltfreundlichere Energiegewinnungsformen gedeckt werden kann. Eine sichere und preiswerte Energieversorgung ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Maßgeblich für den Entschluß der F.D.P., jetzt noch nicht auf Kernenergie zu verzichten, sind aber Umweltgründe wie verstärktes Waldsterben durch zusätzliche Nutzung von Kohle und Öl, drohende globale Klimaveränderungen und weltweites Ansteigen der Meeresspiegel. Anstelle eines möglichen Risikos dürfen keine tatsächlichen Umweltgefahren treten.

Die F.D.P. tritt aber dafür ein, durch das Ausschöpfen aller technisch möglichen, wirtschaftlich vertretbaren und so-



zial akzeptablen Einsparpotentiale, durch Nutzung erneuerbarer Energiequellen und durch die Entwicklung neuer Energietechnologien den Weg dafür zu eröffnen, mittelfristig auf die Nutzung der Kernenergie verzichten zu können.

Für die Übergangszeit beharrt die F.D.P. hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie auf strengen Bedingungen, wozu hohe Sicherheitsstandards, wirksame Entsorgungsvorsorge, internationale Kooperation, Katastrophenschutz sowie sparsame und rationelle Energieverwendung gehören.

#### **Wiederaufarbeitung prüfen**

Zur Wiederaufarbeitung verlangt die F.D.P. eine ernsthafte Prüfung, ob eine direkte Endlagerung nicht den Vorzug bei der Entsorgung verdient.

#### **Keine kommerzielle Nutzung des Schnellen Brüters**

Der Reaktorunfall in Tschernobyl gibt erneut Anlaß zu der Frage, welchen forschungs- und industriepolitischen Stellenwert der Schnelle Brüter haben soll.

Die kommerzielle Nutzung des Schnellen Brüters in Kalcar lehnt die F.D.P. nach wie vor ab. Er ist für die Energieversorgung nicht erforderlich.

#### **Neues Energierecht entwickeln**

Das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 wird der Wirklichkeit von 1987 nicht mehr gerecht. Wir brauchen eine rechtliche Basis, um die Schonung der natürlichen Ressourcen und die vorrangige Nutzung erneuerbarer Energiequellen festzuschreiben zu können.

#### **Stärkere Nutzung erneuerbarer Energiequellen**

Risikoärmere Energiequellen müssen einen größeren Beitrag zu unserer Energieversorgung leisten. Die Liberalen fordern deshalb, die Markteinführung bereits entwickelter Technologien zur Nutzung von Sonne, Wind und Biomasse durch befristete und degressive Förderung zu beschleunigen. Darüber hinaus müssen auch in der Forschung drastisch erhöhte Anstrengungen unternommen werden, um weitere umweltfreundliche Energiequellen zu erschließen; dies gilt insbesondere für den zukünftigen Einsatz der Sonnenenergie.

#### **Energiesparpolitik weiterführen**

Über eine veränderte Tarifgestaltung der Energieunternehmen ist der Zuwachs des Stromverbrauchs zu verringern. Hier können neue Anreize zum Stromsparen geschaffen werden. Die Industrie hat uns mit einer Vielzahl neuerer Produkte bewiesen, daß der Stromverbrauch von Haushaltsgeräten und industriellen Anlagen nicht auf dem derzeitigen hohen Stand verbleiben muß. Hier sind Sparmaßnahmen möglich und zu fördern. Auch das Durchleiten und Einspeisen dezentral erzeugter elektrischer Energie in die öffentlichen Netze ist zu erleichtern.

### **IV. MUT ZU EHRLICHER AGRARPOLITIK**

Die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft kämpft mit wachsenden Überkapazitäten und wachsenden Finanzierungsproblemen. Die bisherige Preispolitik ist an ihren Grenzen angelangt. Die F.D.P. hält unverändert auskömmliche Preise für das langfristig wichtigste Instrument der Einkommenspolitik. Wo aber die Preispolitik den Bauern ihre notwendigen Einkünfte nicht mehr garantieren kann, fordert die F.D.P. bis auf weiteres direkte Einkommensbeihilfen. Diese Beihilfen dürfen aber einem Abbau der Überschüsse nicht entgegenstehen und müssen sozial gerecht gestaltet werden. Auch die bestehenden Beihilfen sind an diesen Kriterien zu messen und gegebenenfalls neu zu regeln.

#### **Die bäuerlichen Familienbetriebe sichern**

Der F.D.P. geht es um die Existenz leistungsfähiger bäuerlicher Familienbetriebe. Sie sind nicht nur ein unverzichtbarer Bestandteil unserer nationalen Kultur, sie sind zugleich ökonomisch und ökologisch unentbehrlich. Das gilt auch für die Nebenerwerbsbetriebe.

Die F.D.P. lehnt dirigistische Maßnahmen wie Quotenregelungen ab. Als Sofortmaßnahme sind alle Beihilfen zur Produktionssteigerung in Überschubbereichen in der gesamten EG zu streichen, vor allem im Veredelungssektor. Zur Verhinderung von Agrarfabriken erneuert die F.D.P. ihre Forderung nach Höchstbestandsgrenzen.

#### **Neue Chancen für die Landwirtschaft**

Die F.D.P. erkennt an, daß die Landwirtschaft umfangreiche Umweltleistungen erbringt, die der gesamten Bevölke-

zung zugute kommen. Mit ihrer besonderen Betonung des Natur- und Gewässerschutzes möchte die F.D.P. mehr noch als bisher Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen und dabei auch neue Akzente für die Rolle unserer bäuerlichen Betriebe setzen. Die Ausbildungsordnungen für Landwirte sind mit der Zielsetzung zu ändern, wesentliche Umweltschutzaufgaben in das Berufsbild aufzunehmen.

Angesichts der Überproduktion fordert die F.D.P. die Verminderung der Produktion in der europäischen Landwirtschaft durch Extensivierung und Herausnahme von Flächen und Betrieben auf freiwilliger Basis, die Einführung neuer Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen und die Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen. Einkommenseinbußen infolge der Verringerung der Hektarerträge in Wasserschutz- und Naturschutzgebieten sind den Bauern zu ersetzen. Der alternative Landbau ist zu ermutigen.

## V. FÜR EINE LEBENSWERTE UMWELT

Wir Liberalen haben als erste Partei in unseren Freiburger Thesen 1971 Verfassungsrang für den Umweltschutz verlangt und vertreten uneingeschränkt die Forderung, daß der Verursacher für den Schaden eintreten muß (Verursacherprinzip). Die ökologische Verpflichtung der Marktwirtschaft ist unser Thema Nummer Eins in der Struktur- und Gesellschaftspolitik.

### Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen

Mit unserem Konzept für eine ökologisch und sozial verpflichtete Marktwirtschaft wollen wir Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen. Markt und Umwelt sind keine Gegensätze. Auch der Umweltschutz braucht mehr Marktwirtschaft. Unsere gegenwärtige Umweltpolitik bietet viel zu wenig ökonomische Anreize, pfleglich und sparsam mit der Natur umzugehen. In allen umweltrelevanten Gesetzen und Verordnungen müssen marktwirtschaftliche Instrumente Vorrang vor staatlichen Regelungen erhalten.

Vernünftiges und weitsichtiges Wirtschaften verlangt die frühzeitige Einbeziehung ökologischer Eckwerte u. a. zur Luftreinhaltung, zum Boden-, Gewässer- und Naturschutz. Für Produkte und Technologien, die sich an sol-

chen Eckwerten orientieren, müssen deshalb keine Wettbewerbsnachteile entstehen. Auch Raumordnungspolitik kann heute nicht mehr ohne Umweltvorsorge gelingen.

### Konsequente Politik statt halbherziger Maßnahmen

Vielen ist der Ernst der umweltpolitischen Lage noch heute nicht ganz klar. Mit halbherzigen, wahltaktischen Maßnahmen sind aber keine ausreichenden Wirkungen zu erzielen. Eine Umweltpolitik, die vom Bürger mitgetragen werden soll, muß ehrlich, undogmatisch und ohne Schönfärberei stattfinden.

Wir treten für die Verbandsklage anerkannter Naturschutzverbände ein und verlangen, daß der Umweltschutz als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz aufgenommen wird.

Die F.D.P. setzt sich für ein starkes Umweltministerium ein. Es muß auch Kompetenzen bei der Raumordnung und der Umweltforschung erhalten.

Weitere wichtige umweltpolitische Forderungen sind u. a. :

- Umfassende Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen zur strikten Einhaltung der folgenden umweltschonenden Abfall-Rangordnung sind notwendig: vermeiden, verwerten, umweltfreundlich beseitigen.
- Die technischen Erfordernisse der Abfallverwertung und der schadlosen Beseitigung unvermeidbarer Reststoffe sind unverzüglich in einer „Technischen Anleitung Abfall“ zu regeln.
- Altlasten – vor allem Altdeponien – sind in Stufenplänen zu sanieren.
- Schadstoffarme Kraftfahrzeuge sind rascher durchzusetzen, das verbleite Normalbenzin muß vom Markt verdrängt werden.
- Einheitliche Rußgrenzwerte für Diesel-PKW müssen im gesamten Bereich der EG durchgesetzt werden.
- Um die Gewässer in unserem Land wirksamer und rascher vor Verunreinigung schützen zu können, sollte das Wasserrecht Bundesrecht werden.
- Es ist ein Konzept zum Grundwasserschutz zu entwickeln (Ausweisung und Sicherung von Wasserschutz- und Wasservorranggebieten mit den erforderlichen

Nutzungsbeschränkungen; Erlaß von Gülleverordnungen und Einzelfallentscheidungen zur Vermeidung von Überdüngung; sparsamer Wasserverbrauch).

- Zur Verbesserung der Luftreinhaltung sind verbindliche Emissionsminderungspläne für wichtige Verursacherebereiche aufzustellen.
- Die Luftqualität in Ballungsräumen ist durch alternative und attraktive Angebote des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern.
- Der Schutz von Natur und Landschaft, vor allem die Sicherung der Existenz wildlebender Pflanzen- und Tierarten, ist nachhaltig zu verstärken.
- Notwendig ist ein Programm zum Schutz und zur Wiederherstellung der Großökosysteme Hochgebirge und Bergwälder (z. B. Verminderung der Schalenwildbestände, Ablösung von Waldweiden und Pflege des Hochwaldes), Flußauen sowie des Wattenmeeres.

## **VI. MEHR EIGENVERANTWORTUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN**

Soziale Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wahrnehmung von Freiheitsrechten. Die Grundlage unserer sozialen Sicherheit konnte in den letzten Jahren erhalten und gefestigt werden. Soziale Leistungen dürfen aber die Wirtschaftskraft und den Leistungswillen nicht beeinträchtigen. Sozialpolitische Forderungen ohne solide Finanzierung lehnt die F.D.P. ab.

Die Sozialpolitik der Bundesrepublik ist am Scheideweg. Der Weg einer staatlich verordneten, allumfassenden Absicherung hat sich als Irrweg erwiesen.

Soziale Sicherung muß sich an den Kräften des einzelnen orientieren. Der einzelne ist gefordert, stärker Verantwortung für sich selbst zu übernehmen. Deshalb sollten Eigenvorsorge und Eigenverantwortung gestärkt werden. Neben der solidarischen Absicherung müssen Mitmenschlichkeit und freiwillige soziale Dienste eine stärkere Bedeutung erlangen.

Unsere Gesellschaft braucht den Tatendurst der Jungen wie die Erfahrung der Alten. Wir wollen neue Chancen für die persönliche Entfaltung älterer wie jüngerer Mitbürger.

## **Für mehr persönliche Verantwortung im Gesundheitswesen**

Die F.D.P. will das freiheitliche und leistungsfähige Gesundheitswesen mit den freiberuflich tätigen Ärzten und Zahnärzten, den selbständigen Apothekern und leistungsfähigen Krankenhäusern erhalten wissen. Es ist aber der veränderten wirtschaftlichen Lage und der Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Folgende fünf Prinzipien sollen dies gewährleisten:

- ein sparsamer Umgang mit den Ressourcen dieses Gesundheitswesens durch mehr wirtschaftliche Anreize für die Leistungserbringer und Selbstbeteiligung für die Versicherten;
- eine Verstärkung des Wettbewerbs in der Krankenversicherung;
- mehr Transparenz der Kosten als Voraussetzung für eine ökonomische Nutzung der Leistungen;
- soviel ambulante Behandlung wie möglich, soviel stationäre Versorgung wie nötig;
- wie bisher solidarische Absicherung jener Krankheitsrisiken, die für den einzelnen nicht tragbar sind.

## **Behinderten das Leben erleichtern**

Die Humanität unserer Gesellschaft mißt sich auch am Verhältnis zu unseren behinderten Bürgern. Ziel liberaler Politik ist eine vollständige, selbstverständliche Integration. Dazu sind auch gezielte Hilfen auf dem Arbeitsmarkt notwendig.

## **Die Renten müssen auch für die Zukunft gesichert werden**

Die F.D.P. will das gegliederte System der Alterssicherung erhalten:

- Regelsicherung im Alter durch beitragsfinanzierte Renten oder vergleichbare Absicherung;
- Zusatzversorgung, z. B. durch betriebliche Altersversorgung;
- private Vorsorge durch freiwillige Leistungen, z. B. Lebensversicherung;
- Verhinderung materieller Not im Alter durch den Staat.

Die Basis für eine verlässliche Rentenversorgung ist in den vergangenen vier Jahren wieder stabilisiert worden. Jetzt

gilt es, das Rentenrecht der künftigen Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Das erfordert nach Auffassung der F.D.P.:

- eine Stärkung des Versicherungsprinzips;
- eine nettoähnliche Rentenanpassung;
- die Ergänzung der Rentenformel um eine demographische Komponente;
- mehr Wahlfreiheit beim Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand;
- die langfristige Anhebung des Rentenzugangsalters, auch mit Teilzeitarbeit und Teilrente.

Die F.D.P. wird sicherstellen, daß jeder, der lange und hohe Beiträge eingezahlt hat, auch eine entsprechend hohe Rente erhält.

#### **Für ein Alter in Würde und Unabhängigkeit**

Die älteren Menschen sollen so lange wie möglich in ihrer gewachsenen Umgebung leben können. Sie sollen selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben führen wollen. Sie dürfen nicht bevormundet und entmündigt werden. Eigene Initiativen und gemeinschaftliche Selbsthilfe müssen gefördert werden. Hierfür müssen die Bildungseinrichtungen den älteren Menschen offenstehen und mehr Möglichkeiten für das Engagement in Wohnquartier und Gemeinde geschaffen werden.

Die meisten alten Menschen sind bis ins hohe Alter in der Lage, selbständig zu leben und aktiv zu sein. Pflegebedürftige Menschen haben ein Recht auf Gesellschaft und Familie. Die häusliche Pflege im gewohnten Umfeld ist durch gezielte Maßnahmen zu verbessern. Nachbarschaftliche Hilfe und Freundschaftsdienste dürfen nicht durch anonyme staatliche oder private Organisationen verdrängt werden.

#### **Das wichtigste soziale Netz ist die Familie**

Der Familie kommt in unserer Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Ideeller Zuspruch genügt hier nicht. Finanzielle Stärkung der Familie ist notwendig.

Mit steuerlichen Maßnahmen, Kindergelderhöhung, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung wurde in den letzten vier Jahren eine Menge für die

Familie getan. Das wollen wir fortsetzen, sobald die finanzielle Situation es erlaubt. Die Anrechnung des Babyjahres auf die Rentenzeiten für alle vor 1921 geborenen Mütter hat Vorrang vor anderen neuen sozialpolitischen Leistungen.

#### **Zukunftsperspektiven für die Jugend**

Die F.D.P. will eine Jugendpolitik, die Vertrauen, Motivation und Engagement fördert. Wer der Jugend das unabwendbare Eintreten düsterer Prognosen einredet, fördert „No-Future-Denken“, nimmt der Jugend die Zukunft. Wer Leistung diffamiert, ist verantwortlich für „Null-Bock-Mentalität“.

Wir setzen dagegen auf den Mut zur Zukunft und zur Fähigkeit, sie aktiv zu gestalten. Wir wollen Freiräume für junge Menschen schaffen und Perspektiven für unsere Gesellschaft sichtbar machen.

Gute Jugendpolitik ist heute vor allem auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Für alle entsteht Schaden, wenn Jugendliche bereits am Beginn ihres beruflichen Werdegangs scheitern. Gleichgültigkeit gegenüber dem bestehenden demokratischen System und Ablehnung unserer Gesellschaft sind eine Folge. Die F.D.P. tritt ein für:

- bessere Aufklärung über die Chancen im erstrebten Beruf;
- die Verbesserung der Ausbildung;
- noch größere Anstrengungen zur Beschaffung von Lehrstellen;
- die vermehrte Bereitstellung von qualifizierten Ausbildungsplätzen in staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen;
- die Förderung privater überbetrieblicher Ausbildungsstätten;
- die Möglichkeit der privaten, nicht gewerbsmäßigen Vermittlung von Arbeitsplätzen;
- mehr Beschäftigungsmöglichkeiten nach der Lehre;
- verstärkte Öffnung traditioneller Männerberufe für Frauen.

Die F.D.P. will Kindern und Jugendlichen einen breiten Raum zur freien Entfaltung sichern. Dabei sollen die Jugendlichen durch vielfältige Formen der Selbstorganisa-

tion und Eigeninitiative mitwirken. Die Entwicklung zum mündigen Staatsbürger setzt voraus, daß Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig als selbständige Persönlichkeiten anerkannt werden. Sie sind ebenso wie die Erwachsenen Träger von Grundrechten. Zur Selbständigkeit gehört auch, mit Pflichten betraut und gefordert zu werden.

### **Dem Sport helfen**

Die F.D.P. räumt dem Sport in der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik einen hohen Stellenwert ein. Sie ist daher stets bereit, dem Sport zu helfen, seine vielfältigen Aufgaben in unserer Gesellschaft zu erfüllen – in eigener Verantwortung und freier Entscheidung.

## **VII. DIE FORDERUNG DES GRUNDGESETZES NACH GLEICHBERECHTIGUNG MUSS ENDLICH VERWIRKLICHT WERDEN**

Eine aktive Gleichberechtigungspolitik muß offene und versteckte Diskriminierung in Politik, Wirtschaft und Alltag beseitigen. Sie kann so zur Verwirklichung der Grundgesetzforderung nach Gleichberechtigung beitragen. Entscheidend jedoch ist das Engagement der Betroffenen, der nachhaltige Einsatz der Frauen und die Bereitschaft der Männer, ihre eigene Rolle neu zu definieren.

Die F.D.P. fordert eine „Konzertierte Aktion für Frauen“. Gemeinsame Maßnahmen von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat sollen die Rahmenbedingungen für gleiche Chancen am Arbeitsmarkt schaffen.

### **Familie und Beruf besser aufeinander abstimmen**

Immer mehr Frauen und Männer möchten Kindererziehung und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren. Dies ist nur zu verwirklichen, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Absprachen über flexible Arbeitszeiten, Job-Sharing und Mischarbeitsformen bereit sind. Moderne Technologien, die Schaffung ausreichender Kinderbetreuungseinrichtungen und ein verstärktes Angebot von Ganztagschulen können diese neue Aufgabenverteilung erleichtern.

Frauen und Männer, die zugunsten der Kinder ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben, erwarten zu Recht, daß ihnen der erneute Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert

wird. Das setzt eine Wiedereinstiegsausbildung voraus, die die veränderten beruflichen Anforderungen berücksichtigt. Der Öffentliche Dienst hat hier eine Vorreiterrolle. Dies gilt auch für die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen für Mitarbeiter, die z. B. aus familiären Gründen nicht den ganzen Tag arbeiten wollen.

### **Mehr Einfluß für Frauen in der Politik**

Die Forderung nach stärkerer Beteiligung der Frauen am politischen Leben ist vielfach Lippenbekenntnis. Wir lehnen aber Quotenregelungen als Scheinlösung ab. Selbstbewußte Frauen stellen sich dem Wettbewerb. Sie brauchen keine Reservate, sondern gleiche Chancen. Das will die F.D.P. durch freiwillige Frauenförderpläne mit konkreten Zielvorgaben erreichen.

Qualifikation und Wählervotum sind die entscheidenden Voraussetzungen für ein politisches Amt. An ihnen wollen sich liberale Frauen messen lassen. Auch deshalb verlangen die Liberalen, daß der Bürger das Recht erhält, die von den Parteien festgelegte Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste zu ändern.

Politische Erfolge aller Art müssen organisiert werden. Die F.D.P. fordert auf allen politischen Ebenen die Schaffung unabhängiger Frauenbeauftragter mit Informations- und Mitspracherechten. Die Amtszeit der Frauenbeauftragten kann entsprechend der Aufgabenstellung zeitlich befristet werden.

## **VIII. DEN RECHTSSTAAT BEWAHREN UND AUSBAUEN**

Die Grundrechte sind niemals gesichert oder selbstverständlich. Sie müssen immer wieder aufs neue erkämpft werden. Das Wächteramt für den Rechtsstaat steht deshalb weiterhin im Zentrum liberaler Politik. Die Sicherung der Freiheit des einzelnen auch gegenüber dem Staat und mächtigen Organisationen – das sind weiterhin klassische liberale Aufgaben. Auch in einer gefestigten Demokratie entstehen immer wieder neue Gefahren für den Rechtsstaat, z. B. bei den neuen Informationstechnologien oder der Gentechnik. Gerade hier liegen wichtige Zukunftsaufgaben für eine liberale Partei.

### **Regelungsdichte abbauen**

Eine Flut von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften hat in der Bundesrepublik zu einer Regelungsdichte geführt, die den Freiheits- und Entscheidungsspielraum des einzelnen unnötig einschränkt. Der Abbau dieser Regelungsdichte ist das vorrangige innen- und rechtspolitische Ziel der F.D.P. in der nächsten Legislaturperiode. Überflüssige Gesetze und Verordnungen müssen abgeschafft werden.

Jedes neue Gesetz und jede Novellierung sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Rechtsvorschriften sollen in einer dem Bürger verständlichen Sprache verfaßt werden. Initiativen zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung sind zu ergreifen. Notwendig ist auch eine bessere Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung.

### **Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze**

Die Persönlichkeitsrechte des einzelnen zu sichern und zu garantieren ist erste Aufgabe des Staates und kein Sicherheitsrisiko. Sicherheit kann es nur geben, wenn der Staat jederzeit und konsequent für Freiheit und Rechte seiner Bürger eintritt.

Polizei und Sicherheitsbehörden sind an das geltende Recht gebunden. Ihre Eingriffsmöglichkeiten sind klar zu definieren und dürfen nicht über das zur Durchsetzung des Rechts Notwendige hinausgehen.

Gerade bei der aktuellen Bekämpfung extremistischer Bestrebungen ist der Rechtsstaat auf dem Prüfstand. Unser aller Freiheit wäre entwertet, wenn wir die Auseinandersetzung mit solchen Gegnern nicht mit strikt rechtsstaatlichen Mitteln, aber auch mit voller Entschlossenheit führen würden.

Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz müssen auf Grundlagen arbeiten können, die anerkannten rechtsstaatlichen Prinzipien des Polizeirechts folgen. Diese Grundlagen sind neu zu regeln. Für die Arbeit von Polizei und Nachrichtendiensten verlangen wir die strikte Beachtung des verfassungsrechtlichen Trennunggebots. Die Amtshilfe zwischen Polizei und Sicherheitsbehörden muß gesetzlich geregelt werden. Hier darf es keine Grauzonen geben. Dies würde dem Vertrauen der Bürger in den Staat tiefgreifenden Schaden zufügen.

### **Der Datenschutz ist auszubauen**

Die private Sphäre unserer Bürger muß wirksamer geschützt werden. Die klassischen Persönlichkeitsrechte sind durch den weiteren Ausbau des Datenschutzes zu ergänzen.

Die F.D.P. tritt mit Nachdruck für den Grundsatz ein, daß jeder Bürger selbst über die Verwendung seiner Daten bestimmen soll. Darüber hinaus fordern die Liberalen die Stärkung der Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten, den Ausbau seiner Kontrollbefugnisse, die strenge Zweckbindung bei allen erhobenen Daten und einen verschuldensunabhängigen Schadensersatzanspruch für den Bürger.

Auch im Strafprozeß und im Sicherheitsbereich ist der Datenschutz zu verbessern.

### **Minderheiten schützen, Asylrecht wahren, Mißbrauch bekämpfen**

Die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaft offenbart sich auch im Umgang mit ausländischen Bürgern und Minderheiten. Es ist leicht, in Phasen gesellschaftlichen Überflusses liberal und tolerant zu sein. Erst in schwierigen Zeiten erweist sich die tatsächliche Liberalität der Gesellschaft.

Die F.D.P. sagt klipp und klar: die schwierige Lage vieler Länder der Dritten Welt darf nicht zu Ausländerfeindlichkeit führen. Die bei uns lebenden Ausländer sind unsere Mitbürger. Deshalb fordern wir, den Nachzug engster Verwandter nicht weiter zu begrenzen, die soziale Eingliederung zu fördern und die Einbürgerung zu erleichtern. Hierzu gehört Hilfe zum Erlernen der deutschen Sprache. Allerdings ist der Anwerbestopp weiter aufrechtzuerhalten und der illegalen Zuwanderung entgegenzutreten.

Die Institution eines Ausländerbeauftragten auf Bundesebene hat sich bewährt und ist in ihren Kompetenzen zu stärken.

Der Mißbrauch des Asylrechts ist nicht durch Abschreckung, sondern insbesondere durch eine spürbare Beschleunigung der Verfahren zu bekämpfen. Die Asylpolitik der europäischen Länder soll besser harmonisiert werden. Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht für politisch Verfolgte bleibt für uns Liberale unantastbar.

## **Den Menschen vor Mißbrauch von Wissenschaft und Technik schützen**

Neue Entwicklungen in Wissenschaft und Technik können Leben, Würde und Freiheit des einzelnen gefährden. Eine ständige öffentliche Diskussion in unserer Gesellschaft ist unverzichtbar für eine realistische Abschätzung möglicher Folgen. Das gilt besonders für die neuen Entwicklungen auf dem Gebiet der Humangenetik. Der Staat muß dafür sorgen, daß kommerzielle Vermittlung von Leihmüttern, Menschenzüchtung und Embryonenmißbrauch eindeutig ausgeschlossen bleiben.

## **Schwangerschaftsabbrüche verringern, § 218 nicht verschärfen**

Weniger Schwangerschaftsabbrüche sind ein Ziel, das nur durch gesellschaftlichen Bewußtseinswandel und nicht durch Verschärfung des Strafrechts zu erreichen ist. Die geltenden Bestimmungen des § 218 StGB und die Vorschriften zur Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen sind eine ausgewogene Regelung. Die F.D.P. plädiert für eine bessere Aufklärung, verstärkte staatliche und gesellschaftliche Hilfen für in Not geratene schwangere Frauen, zusätzliche Hilfen für die Familie und ein familiengerechtes Steuersystem. Die F.D.P. wendet sich gegen eine Verschärfung der Beratungs- und Meldepraxis, die sich zu Lasten der ratsuchenden schwangeren Frauen auswirken würde.

## **Den Öffentlichen Dienst weiterentwickeln**

Die F.D.P. hält am Berufsbeamtentum fest. Zugleich verlangt sie die größtmögliche Effizienz und Qualität des Öffentlichen Dienstes. Die Forderungen der Liberalen lauten: Beförderung nach Eignung und Leistung; Dezentralisierung der Entscheidungen auf die bürgernächste Ebene der Verwaltung.

## **IX. NEUE CHANCEN FÜR EINE KULTURELLE LEBENSGESTALTUNG**

Die Zukunft unserer Freiheit wird gerade in der kommenden Informationsgesellschaft entscheidend von den Chancen abhängen, die wir der Kreativität und Individualität des Bürgers geben. Wir wollen den Raum für kulturelle Lebensentfaltung in unserer Gesellschaft erheblich vergrößern.

Wir brauchen eine Offensive zur Entfaltung der schöpferischen und geistigen Kräfte, um die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen. Die vielfältigen geistigen und kulturellen Dimensionen des Lebens müssen gleichrangig neben die materiellen treten.

## **Die Bedeutung der Kultur für Wirtschaft und Gesellschaft wächst**

Verkürzte Arbeitszeiten und Erleichterungen im täglichen Leben führen immer mehr Menschen zur Entdeckung neuer kultureller Interessen und Aktivitäten. Die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen unserer Gesellschaft geben Kultur und Kunst eine noch wichtigere Rolle für die Lebensziele und Selbstfindung des einzelnen. Auch als Gestaltungsprinzip in Wirtschaft und Gesellschaft wird Kreativität immer bedeutsamer.

Wirtschaftliche und technologische Spitzenleistungen sind auf Dauer nur in einem Klima geistiger Offenheit und kultureller Vielfalt möglich. Gleichzeitig ist Kultur ein stark wachsender Wirtschaftsfaktor.

## **Politische Kultur stärken**

Auch unsere politische Kultur muß gepflegt und entwickelt werden. Unsere gewählten Repräsentanten müssen mehr auf ihren politischen Stil achten und die politische Auseinandersetzung fair und sachlich führen. Liberale wollen das Ansehen der Parlamente und die Unabhängigkeit der Abgeordneten stärken. Wir treten deshalb für eine Parlamentsreform ein.

## **Kulturpolitik soll fördern, nicht reglementieren**

Staatliche Kulturpolitik soll die Bedingungen für die freie Entfaltung kultureller und künstlerischer Initiative sichern. Der Staat darf nicht die Inhalte bestimmen wollen. Liberale lehnen jede Bevormundung und jeden zensierenden Eingriff in das Kunst- und Kulturleben ab. Zur Freiheit der Kunst gehört es aber auch, Kunst zu fördern. Das ist für uns eine entscheidende Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Die F.D.P. verlangt, daß die Förderung der Kunst nicht hinter Programmen zur technischen und wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt.

## **Die Kunstförderung ausbauen**

Wichtig ist für uns, daß Existenzgründungen im Bereich von Kunst und Kultur gleichrangig in die bestehenden

Existenzgründungsprogramme einbezogen werden, daß die Förderung des künstlerischen Nachwuchses verstärkt wird und daß die staatliche Förderung durch unabhängige Selbstverwaltungsfonds der Künstler ausgebaut wird.

Zugleich müssen Kunst und Kultur in der steuerlichen Förderung der Bildung und Wissenschaft gleichgestellt werden. Das Steuerrecht hat die beruflichen Realitäten der Kunstschaffenden besser als bisher zu berücksichtigen. Steuerliche Möglichkeiten für Kunsterwerb und Kulturpflege durch Privatleute und Stiftungen sind zu verbessern.

Die F.D.P. fordert, die Belastung der Künstler durch die Umsatzsteuer abzubauen, Kunstbesitz weiter von der Vermögensteuer zu befreien, das Stiftungssteuerrecht zu verbessern und durch Änderung der Erbschaftsteuer der Abwanderung deutschen Kulturguts ins Ausland entgegenzuwirken.

#### **Den Zugang zur Kunst erleichtern**

Wir wollen, daß möglichst viele Bürger am kulturellen und künstlerischen Leben teilhaben können. Der demokratische Staat hat seinen Bürgern die Wege zu Kunst und Kultur zu ebnen. Im einzelnen heißt dies, daß die Stadtplanung bürgernäher werden muß und künstlerische Maßnahmen stärker zu berücksichtigen hat. Das heißt auch, daß Eigeninitiativen der Bürger mehr Unterstützung erfahren sollten. Auch müssen Museen, Bibliotheken, Akademien und Archive möglichst vielfältig nutzbar sein.

### **X. BILDUNGSSCHANCEN SIND FREIHEITS- UND LEBENSCHANCEN**

Forschung, Lehre, Bildung und Kultur sind als Ausdruck der geistigen Tätigkeit des Menschen wegen ihrer Wirkung auf unsere Lebensführung und unsere Wertvorstellungen sowie auf die geistige Verfassung unserer Gesellschaft auf engste mit allen anderen Politikbereichen verbunden.

Das sollte sich auch in der Wahrnehmung und Organisation von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten ausdrücken. Die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für die Hochschulen darf nicht gemindert, sondern muß weiterentwickelt werden.

Die Zukunft unserer Gesellschaft, auch die wirtschaftliche Zukunft, wird von unserer Fähigkeit bestimmt, die Quali-

tät unseres Bildungswesens immer wieder zu steigern. Gerade eine vergleichsweise rohstoffarme Industriegesellschaft lebt im internationalen Wettbewerb ebenso vom hohen Qualifikationsniveau der gesamten Bevölkerung wie von den herausragenden Leistungen einzelner.

Libérale Bildungspolitik orientiert sich an dem Ziel, den einzelnen zu Verantwortungsbewußtsein, Toleranz und Kritikfähigkeit zu befähigen. Förderung des Leistungswillens und der Leistungsfähigkeit, Förderung von Toleranz und Respekt vor dem anderen, Entwicklung von Verantwortungsbewußtsein und Entscheidungsfähigkeit, Hinführung zu Selbständigkeit und Selbstbestimmung sowie sozialem Engagement sind wesentliche Elemente einer solchen Erziehung.

#### **Jede Begabung optimal fördern**

Libérale Bildungspolitik hat den Begriff des „Bürgerrechts auf Bildung“ geprägt. Im Zentrum unserer Vorstellungen steht dabei die optimale Förderung jeder Begabung in allen Lebensabschnitten. Auszugleichen ist dabei die hemmende Wirkung sozialer Benachteiligungen. Nur eine besondere und frühzeitige Förderung sozial benachteiligter Kinder ermöglicht es, Leistung zu fordern. Aber auch herausragend Begabte aus allen Schichten müssen eine differenzierte oder zusätzliche Förderung erhalten. Wer eine solche Differenzierung nach individueller Leistungsfähigkeit ablehnt, überfordert die einen und verschüttet die Leistungsmöglichkeit der anderen. Chancengleichheit bedeutet nicht Gleichheit der Ergebnisse. Wer Chancengleichheit verfälscht zur Ablehnung von Differenzierungsprozessen überhaupt, der entzieht ihr die Grundlage und schafft damit ab, was er erhalten will. Deshalb ist eine Neuordnung und Verbesserung der individuellen Ausbildungsförderung für Schüler, Berufsschüler und Studenten ebenso bedeutsam wie die Förderung besonderer Befähigungen und Begabungen.

#### **Vielfalt in der Bildung stärken**

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit ist letztlich durch ein vielfältiges Bildungsangebot am besten zu fördern, das auch musische, manuelle, kreative und sportliche Neigungen der Kinder berücksichtigt. Eigenständige pädagogische Konzepte sind deshalb genauso zu unterstützen wie die Beiträge der freien Schulen. Wir brauchen den freien



Wettbewerb der Ideen, Vielfalt der Schulformen und mehr Chancen für freie Bildungsträger, auch die Konkurrenz privater Hochschulen.

### **Neue Chancen für die Hochschulen**

Noch immer leisten die Hochschulen einen außerordentlichen Beitrag zur Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge. Mit den schwächer werdenden Jahrgängen kann der Numerus Clausus – eine Quelle bürokratischer Reglementierungen und bedrückenden Klimas in den Schulen und Hochschulen – schrittweise abgebaut und die Qualität von Forschung und Lehre verbessert werden. Hiermit dürfen wir allerdings nicht bis zum Rückgang der Studentenzahlen Mitte der 90er Jahre warten.

Bisher vernachlässigte Aufgaben in der Forschung und Weiterbildung sind jetzt endlich in Angriff zu nehmen. Dazu dürfen nicht erst die in den 90er Jahren freiwerdenden Kapazitäten genutzt werden. Für diese dringenden Vorhaben sind Stellen und Mittel schon jetzt – und das heißt zusätzlich auf Zeit – bereitzustellen, denn für den wissenschaftlichen Nachwuchs und manches wissenschaftliche Projekt ist verlorene Zeit unwiederbringlich.

Bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind alle Hindernisse für die Betätigung von Frauen in der Wissenschaft abzubauen. Das ist nicht nur ein Gebot des Gleichberechtigungsprinzips, sondern auch ein Beitrag zur Entfaltung aller Begabungen.

Unsere staatlichen Hochschulen müssen in der Stellen-, Raum- und Sachmittelbewirtschaftung mehr Bewegungsraum für ihre Ideen und damit für eigenständige Entwicklungen erhalten. Sie sollten auch die Möglichkeit haben, eigene Einnahmen zu erzielen.

### **Lebenslang lernen**

Gerade auch angesichts der neuen Technologien muß für jeden die Chance bestehen, an einer allgemeinen, beruflichen und innerbetrieblichen Weiterbildung teilzunehmen. Die Weiterbildung muß als gleichwertiger „vierter Bildungsbereich“ anerkannt werden. Die F.D.P. tritt dafür ein, daß die vor allem im akademischen Bereich zu langen Grundausbildungszeiten (das Studium) zugunsten des lebenslangen Lernens reduziert werden.